

Gegen Bildungs- und Sozialabbau – Eine kritische Bestandsaufnahme der Studierendenproteste im Winter 2003/2004 mit Schwerpunkt Berlin¹

Ralf Hoffrogge (2004, überarbeitet 2008)

¹ Der vorliegende Artikel ist die gekürzte und überarbeitete Version eines Aufsatzes der unter dem Titel „Emanzipation oder Bildungslobby“ in der PROKLA, Heft 134 vom März 2004, erschien.

² In Berlin gab es vielleicht auch deswegen bereits im Sommersemester 2003 eine heftige Protestwelle gegen die schon damals angekündigten Studiengebühren, vgl. dazu Hoffrogge 2003b.

Die Auslöser der Streikbewegung im Wintersemester 2003/04 waren wieder einmal einschneidende Mittelkürzungen an den Universitäten. In Pleiteländern wie Berlin fielen die Kürzungen mit Stellenstreichungen von bis zu 30 % an den Universitäten besonders drastisch aus². Der immer offenere Rückzug des Staates aus der Hochschulfinanzierung löste auch im „reichen Süden“ studentische Proteste aus, so dass diese erstmals seit 1997 wieder bundesweiten Einfluss gewannen. Auslöser für die deutschlandweite Streikbewegung waren neben den diversen Kürzungen vor allem die Einführung von Studiengebühren. Zur Debatte standen damals einerseits die von der CDU bevorzugten Langzeitstudiengebühren in Höhe von meist 500 Euro für Menschen ab dem 14. Semester, andererseits die durch die von rot-grünen Landesregierungen eingeführten „Studienkonten“. Besonders das Kontenmodell bedeutete einen Schritt hin zur völligen Ökonomisierung des Studienalltags, erfordert es doch für jede Veranstaltung eine Preis-Leistungs-Abwägung (Vgl. Himpele 2002). Dennoch wurde gerade dieses Modell vom Berliner SPD/PDS-Senat zur sozialen Alternative gegenüber direkten Studiengebühren erklärt. Anders als beim Streik 1997, bei dem vor allem CDU und FDP im Kreuzfeuer studentischer Kritik standen, dominierte nun eine allgemeine Abneigung gegenüber allen politischen Parteien. Die Berechtigung dieses Misstrauens zeigte sich im Rückblick: Vor allem die Langzeitstudiengebühren dienten oft nur als Übergang für allgemeine Gebühren ab dem ersten Semester.

Betrachtet man die Berliner Forderungen und Resolutionen, so zeigte sich im Streik 2003/04 durchaus eine Analyse gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge. Die Resolution der Technischen Universität Berlin vom 5.11.2003 beschränkte sich zwar auf vornehmlich hochschulpolitische Themen: Verhinderung der geplanten Kürzungen und Einsparungen, Ablehnung von Studiengebühren einschließlich des in Berlin geplanten Studienkontenmodells sowie Einführung viertelparitätischer Mitbestimmung in den universitären Gremien. Den Abschluss allerdings bildete eine deutliche Ablehnung von „Bildungskürzungen, Sozialabbau und Entsolidarisierung“ (Vgl. TU-Streik Info Nr. 1). Am 24.11.2003 legten dann die Studierenden der Freien Universität Berlin ihre Forderungen vor und betonten den gesamtgesellschaftlichen Anspruch der Proteste: „...so solidarisieren wir uns mit allen von den bundes- und senatspolitischen Sparplänen Betroffenen und lehnen es ab, die Einschnitte im hochschulpolitischen Bereich als singuläre Angelegenheit ohne weiteren sozialen Kontext zu begreifen“. Die Studierenden verweigerten eine Abwälzung der Kürzungen auf andere Gruppen und definierten ihren Streik als „Teil des berlinweiten, bundesweiten und europäischen Protests gegen Bildungs- und Sozialabbau“ (Vgl. StreikZeit Nr. 2). Diese Präambel fand später Eingang in einen Berlinweiten Forderungskatalog, dem die Vollversammlungen aller drei großen Universitäten zustimmten. Sei es durch die Erfahrungen des erfolglosen Streiks von 1997 oder durch die von allen Parteien gleichermaßen betriebene Spar- und Umstrukturierungspolitik.

Im Jahr 2003 zeigte sich gleich zu Beginn des Streiks eine Tendenz zur gesamtgesellschaftlichen Wahrnehmung und Einordnung der studentischen Probleme.

Allerdings hatte man manchmal den Eindruck, dass diese Resolutionen sich nicht ganz herumgesprochen hatten oder nicht verstanden wurden. Denn trotz aller verbalen Ablehnung der „neoliberalen Verwertungslogik“ versuchten viele Studierende immer wieder, ihre Nützlichkeit für Staat und Nation zu beweisen. So bezeichneten sich etwa die KulturwissenschaftlerInnen der HU Berlin in einer 24-Stunden Marathonvorlesung als „weiche Standortfaktoren“, auf einem Flugblatt streikender HistorikerInnen wurde die Bedeutung der Tätigkeit von GeschichtswissenschaftlerInnen „insbesondere im Außenministerium“ betont und auf keiner Demo fehlte das obligatorische Transparent „Deutschland bleibt dumm – wir sind dabei“ (Vgl. Titelbild „Unicum“ 1/2004).

Auch das demonstrative Mitführen von Pappsärgen („Wir tragen die Bildung zu Grabe“) unterstrich wieder einmal wirkungsvoll den Habitus des beleidigten Intellektuellen und trug gleichzeitig die eigene Ohnmacht zur Schau.

Wie bereits 1997 wurde im aktuellen Protest von vielen AktivistInnen ihre Stellung in der Gesellschaft und die Rolle der Universität als Institution zur Elitenreproduktion nicht reflektiert oder aber stillschweigend akzeptiert. Stattdessen setzte man erneut auf möglichst viele, möglichst „kreative“ und öffentlichkeitswirksame Aktionen, um über ein positives Presseecho die Politik von ihrer vermeintlich irrationalen Haltung abzubringen.

Dabei besitzen die derzeit ablaufenden Transformationen eine ganz eigene Rationalität, eben die oftmals kritisierte Logik der Verwertung. Die Universitäten verlassen in diesem Prozess die staatliche Sphäre und treten direkt in einen marktförmig organisierten Wettbewerb. Nicht nur die universitär zugerichtete Arbeitskraft, sondern auch die modular genormte Bildung wird zur Ware, die per Studiengebühr erworben werden muss. So werden letztendlich die Studierenden selbst durch ihre mit creditpoint-Kaufkraft ausgestattete Nachfrage dafür sorgen, daß nur noch direkt am Arbeitsmarkt verwertbare Bildungsinhalte angeboten werden. Die Sparpolitik spielt hier nur eine Legitimationsfunktion, sie erzeugt den nötigen Druck, schafft Akzeptanz für die kapitalistische Landnahme im zu privatisierenden Bildungswesen (zur Transformation vgl. Bultmann 1996).

Im Protest 2003 wurde diese Transformation jedoch meist als rein fiskalischer Prozess wahrgenommen: Es wird gekürzt, uns wird was weggenommen. Ein Musterbeispiel für diese eingeschränkte Wahrnehmung bildete ein Antragsentwurf der Grünen Hochschulgruppe an der FU Berlin. Darin wurden sowohl die menschenrechtswidrige Ausländerpolitik als auch die repressive Drogenpolitik in der BRD allein aus finanziellen Überlegungen abgelehnt: Diese seien zu teuer, man solle doch lieber in Bildung investieren. Politische Kategorien jenseits von Haushaltslogik kamen hier nicht vor (Beck/Gruner 2003).

Die vermeintliche Entpolitisierung von Entscheidungen, die Ideologie von Sachzwang und leeren Kassen

bilden also nach wie vor die mächtigsten Waffen zur Umsetzung eines neoliberalen Gesellschaftsprojektes. Diese Ideologeme finden ihre Entsprechung in einer Studierendenschaft, in der es seit Mitte der 90er Jahre nicht nur keine linke Hegemonie mehr gibt, sondern auch die Unterscheidungsfähigkeit zwischen Links und Rechts stark nachgelassen hat: In einer Umfrage aus dem Jahr 1996 sprachen sich 42 % der „linken“ Studierenden dafür aus, dass WissenschaftlerInnen sich mit ihrer Arbeit für die Sicherung des Industriestandortes Deutschland auseinandersetzen sollten (Demirovic 1996: 384).

Stattdessen hat sich im Gefolge der Zeitenwende von 1989 eine Art postmoderner Meinungspluralismus unter Studierenden etabliert: Jeder darf mal reden, alle sind undogmatisch und erfrischend ideologiefrei. Die damit verbundene Abkehr vom orthodoxen Marxismus als steriler Dogmensammlung, die sich bereits in den antiautoritären Tendenzen des Streiks von 1988 abzeichnete, wäre ein Gewinn für studentische Bewegtheit. Nur leider schießen die Studierenden von heute in ihrer undogmatischen Haltung gerne auch mal über das Ziel hinaus: Auf einer Vollversammlung der TU Berlin wurde tatsächlich eine Resolution gegen „sozialistische und kommunistische“ Flugblätter gefaßt, besonders Eifrige fingen gleich an, verdächtiges Schriftgut zu konfiszieren. Der Beschluss wurde zwar nicht veröffentlicht und bereits nach einer Woche wieder aufgehoben, zeigte jedoch den mehr als unsicheren Stand jener emanzipatorischen Ideen, die in den Streik-Resolutionen festgehalten waren.

Die Abgrenzung nach rechts klappte dagegen nicht immer so recht. So wurde etwa die Solidaritätserklärung des emeritierten Politik-Professors Fritz Vilmar mehrheitlich begrüßt. Zwar stand Vilmar durch seine anti-amerikanischen und nationalistischen Seminarinhalte, etwa gegen die „Amerikanisierung der Deutschen Sprache“, bereits seit längerem in der Kritik. Dennoch gab er mehrere Veranstaltungen im Rahmen des Streiks. Bei der Band Mia und ihrem Song „Was es ist“, einem poppigen Liebeslied über einen deutschen Neuanfang, assoziiert mit den Farben Schwarz-Rot-Gold, reagierten zumindest einige beherzt: Ihren umstrittenen Auftritt auf einem Streik-Soli Konzert am 15.1.2004 musste die Band wegen Protesten und Eierwürfen abbrechen (Vgl. StreikZeit 10).

Dennoch kursierte gleichzeitig unter dem Titel „Einigkeit und Recht auf Bildung“ eine auf die Melodie des Deutschlandliedes gereimte „Streikhymne“.

Dieses absurde Beispiel zeigt vielleicht am besten die Heterogenität der Streikbewegung, die lediglich in der Ablehnung von Bildungsabbau, Studiengebühren und Sozialabbau eine vorerst negative Einheit fand. Die oft fehlende Kritik an Staat und Nation veranlasste dann auch größere Teile der verbliebenen studentischen Linken, sich aus den Protesten herauszuhalten – dadurch wurden diese allerdings auch nicht politischer oder aufgeklärter.

Die 1990er Jahre haben offensichtlich eine bleibende politische Orientierungslosigkeit im studentischen Milieu hinterlassen.

Die weit verbreitete Vorstellung, allein durch kreative Aktionen und gute Presse ließe sich der bildungs- und sozialpolitische Kurs des Staates grundsätzlich verän-

den, erwies sich wie schon 1997 als Trugschluss und führte bei vielen AktivistInnen zu Enttäuschung und Resignation. Überhaupt läßt sich feststellen, daß der Studierendenprotest 2003/2004 sich mehrheitlich auf einer rein symbolischen Ebene abspielte.

Auch deswegen meinten die Herrschenden, sie könnten diese Bewegungen einfach aussitzen und machten außer verständnisvollen Floskeln zunächst keine Zugeständnisse. Diese Taktik des „Weglobens“ von Protesten ging jedoch im Winter 2003/2004 nicht so glatt auf wie noch im Jahr 1997.

Denn neben den dominanten symbolischen Aktionen setzten entschlossene Teile der Studierendenschaft immer wieder auf direkte Konfrontation: Besonders in Berlin suchten sie die politischen Eliten und MeinungsmacherInnen auf, besetzten ihre Büros und brachten ihre Forderungen vor. Sowohl die PDS-Parteizentrale, als auch das Willy-Brandt-Haus, das Büro von Kultursenator Flierl und Finanzsenator Sarrazin, das Rote Rathaus, die Bertelsmann-Zentrale Unter den Linden und die taz-Redaktion in Berlin erhielten unerwarteten studentischen Besuch, in anderen Städten fanden ähnliche Aktionen statt. Manchmal wurden die Besetzungen nach einigen Stunden abgebrochen, ab und an mussten sie durch Polizeigewalt beendet werden. Oder die Forderungen wurden erfüllt: In der taz vom 16.12.2003 erhielten die BesetzerInnen mehrere Sonderseiten, auf denen sie nicht nur die Bildungspolitik, sondern auch die einseitige Berichterstattung der bürgerlichen Medien (einschließlich taz) heftig kritisierten.

Einen Höhepunkt dieser direkten Konfrontationen stellte sicher die Blockade des Berliner Abgeordnetenhauses am 15.1.2004 dar. Etwa 3000 DemonstrantInnen zogen einen Belagerungsring um das Parlament, um die Lesung des Haushaltes zu verhindern und eine Neuverhandlung über Sozialabbau und Kürzungen zu erzwingen. Nur dank massivem Polizeischutz konnte die Sitzung dennoch stattfinden.

Diese Aktion, die sich explizit nicht nur gegen Bildungsabbau, sondern gegen die gesamte unsoziale Sparpolitik des Landes Berlin richtete, war ein praktisches Beispiel für die notwendige Ausdehnung des politischen Widerstands. Dennoch folgten nur wenige Nicht-Studierende dem Aufruf. Offensichtlich müssen erst gemeinsame Kommunikations-, Widerstands- und vor allem Organisationsformen von Studierenden und anderen gesellschaftlichen Gruppen gefunden und aufgebaut werden. Auch, um von der negativen Einheit „gegen Sozialabbau“ zu positiven emanzipatorischen Zielen voranzuschreiten.

Wie so viele andere Bewegungen bröckelte auch dieser Streik mit dem Ende des Semesters zunehmend ab. In Berlin konnte dennoch genug Druck aufgebaut werden, um die Basis der PDS dazu zu bewegen, ihrem Senator Flierl auf einem Parteitag die Umsetzung des geplanten Studienkontenmodells zu untersagen. Dies ist der Grund, warum die Universitäten in Berlin bis heute keine Studiengebühren verlangen. Als weitere Errungenschaft ist die Besetzung eines leerstehenden Gebäudes an der HU und die Gründung der „Offenen Uni Berlins“ zu nennen, die sich ebenfalls bis heute

erhalten hat.

In fast allen anderen Bundesländern jedoch konnten trotz ähnlich radikalem Protest damals keine Erfolge erzielt werden. Dies lag einerseits an der Kaltschnäuzigkeit der jeweiligen Landesregierungen: Viele Ministerpräsidenten spekulierten erfolgreich auf ein baldiges Ende der Proteste – sie wussten nur zu gut, dass Studierendenproteste in den vergangenen Jahren stets nach einer euphorischen Hochphase schnell wieder abgeflaut waren und kaum kontinuierliche Organisationsformen oder Politisierungsprozesse hervorbringen konnten.

Ein anderer Grund für die geringe Durchschlagskraft des Streiks war, dass die Wandlung von der studentischen Lobby zum Sozialprotest zwar von Teilen der Streikenden gewollt, aber nicht von der Masse mitgetragen wurde. Sozialprotest, das hätte etwa bedeutet, entschieden gegen die 2004 in Kraft getretenen Hartz-Gesetze zu protestieren. Als jedoch mit den Montagsdemos Ende 2004 eine derartige Protestbewegung in Gang kam, saßen die Studierenden mehrheitlich wieder in den Hörsälen. Dies war keineswegs nur die zufällige Ungleichzeitigkeit zweier Protestwellen, sondern zeigt, dass aus den Mißerfolgen der rein studentischen „Mehr Geld“-Proteste der 1990er Jahre nicht die entscheidenden Schlüsse gezogen wurden. Auch 2003/2004 dominierten vielerorts Medienzentriertheit und die Idee, mit einem kleinsten gemeinsamen Nenner aus rein studentischen Forderungen möglichst alle mitzunehmen. Eine gescheiterte Strategie, die dringend abgelegt gehört.

Literatur

Beck, Christian/Grüner, Inanna (2003): Bildung gerecht finanzieren – Antrag der Grünen Hochschulgruppe zur FU-Vollversammlung am 1.12.2003.

Bultmann, Torsten (1996): Die standortgerechte Dienstleistungshochschule, In: Prokla 104, S 329–357.

Demirović, Alex (1996): Die politische Metapher „links“ und die politischen Orientierungen von Studierenden, In: Prokla 104, S. 371–394.
Himpele, Klemens (2002): Modernes Bildungsprivileg, In: Studienheft Bildungsfinanzierung, S. 8–12.

Hoffrogge, Ralf (2003): „'68, '88, '97 – von der Weltrevolution zur BAFöG-Reform“ In: Universität im Umbruch, Hochschulpolitische Reihe des AstA FU Berlin, Band 11.

Hoffrogge, Ralf (2003b): „Politik und Hochschule im Sommersemester 2003“ In: Out of Dahlem Nr. 2, online: https://www.astafu.de/sites/default/files/out_of_dahlem-02.pdf (Zugriff: 8.6.2008 [aktualisierter Link, Zugriff 15.08.2018, die Redaktion]).

StreikZeit – Neues zum Streik an der FU Berlin (2003/2004): Ausgaben 1–12 der FU-Streikzeitung.

Vollversammlung der Studierenden der FU Berlin (2003): Resolution vom 24.11.2003, In: StreikZeit Nr. 1, oder: http://www.astafu.de/aktuelles/archiv/a_2003/presse_11-24a (Zugriff: 8.6.2008).

Vollversammlung der Studierenden an der TU Berlin (2003): Resolution vom 5.11.2003, In: TU-StreikInfo Nr.1.

Vollversammlungen der FU Berlin, HU Berlin, TU Berlin (2003): Berlinweiter Forderungskatalog.